

JANNY ARMBRUSTER, ZEPPELINSTR. 123A, 14471 POTSDAM

Ver.di Bezirk Potsdam-Nordwestbrandenburg
Gewerkschaftssekretär
Herrn Torsten Schulz
Konrad-Wolf-Allee 1-3

14480 Potsdam

Janny Armbruster
Kandidatin für das Amt der
Oberbürgermeisterin der Stadt Potsdam

Tel: +49 170 2413534
janny.armbruster@outlook.de

Potsdam, 17.07.2018

Wahlprüfsteine Klinik-Gruppe Ernst von Bergmann

Antworten Janny Armbruster, Kandidatin von Bündnis90/Die Grünen für das Amt der Oberbürgermeisterin der Landeshauptstadt Potsdam

Sehr geehrter Herr Schulz,
liebe Kolleginnen und Kollegen der Klinik-Gruppe Ernst von Bergmann,

für die an die Kandidaten gerichteten Fragen zum Thema Klinikum bedanke ich mich und beantworte sie Ihnen hiermit sehr gern:

Der Fachkräftemangel ist auch in der Klinik-Gruppe Ernst von Bergmann ein großes Problem. Was wollen Sie tun, damit die Klinik-Gruppe für Fachkräfte wieder attraktiver wird?

Der Fachkräftemangel, insbesondere im Bereich der Pflege, ist bundesweit dramatisch. Im ärztlichen Dienst ist es noch nicht ganz so schlimm, in einzelnen Fachgebieten - insbesondere den operativen Fächern und der Geburtshilfe - ist es aber heute schon problematisch. Die Prognosen sind auch hier eher verhalten; Gründe: steigender Bedarf wegen höherem Lebensalter, erweiterte Therapieangebote und speziell in Potsdam durch den starken Zuzug und der damit verbundenen Steigerung der Patientenzahlen.

Als **Ursachen** für den Fachkräftemangel in der Pflege sehe ich im Wesentlichen die folgenden Faktoren:

- Unattraktive Arbeitszeiten (Schichtarbeit, Nacht- und Wochenende, vermehrt Rufbereitschaften),
- schlechte Bezahlung,
- kaum Aufstiegschancen,
- kaum Arbeitsplätze für Pflegekräfte mit Aufbaustudium o.ä.
- Spezialisierung im Anschluss an die Ausbildung dauert zu lange. Auf zirka dreijährige Ausbildung folgen zwei bis drei Jahre Fachweiterbildung. Das entspricht insgesamt etwa der Dauer eines Medizinstudiums; am Ende aber sind die Pflegeberufe deutlich schlechter bezahlt. Das trifft im Übrigen immer noch auf einen Beruf, der im Wesentlichen von Frauen ausgeübt wird.
- Kaum Übernahme von Verantwortung möglich (liegt in der Regel bei den Ärzten).

Durch seine Lage, seine Größe und sein Angebot an Spezialisierungen ist das Klinikum Ernst von Bergmann heute vergleichsweise attraktiv. Das ist eine relativ günstige Ausgangsposition im Wettbewerb um Fachkräfte. Die vorhandene Schule für Krankenpflegeberufe muss erhalten und gegebenenfalls auch um weitere Spezialisierungen erweitert werden, um Mitarbeiter mit Bindung zum Klinikum auszubilden.

Fast alle genannten Problemfaktoren werden allerdings auf der Bundesebene geregelt, so dass sie von einer Kommune kaum wesentlich beeinflusst werden können. Die politische Verantwortung dafür liegt seit Jahren bei CDU und SPD. Auf dieser Ebene kämpfen wir Bündnisgrünen ebenso lange aus der Opposition heraus für Verbesserungen.

Eine Ausnahme stellt die Frage der Bezahlung dar, da die Entlohnung für die Mitarbeiter im Entscheidungsspielraum der Geschäftsführung der Klinik-Gruppe liegt. Als Eigentümer kann die Landeshauptstadt Potsdam (LHP) darauf also mittelbar Einfluss nehmen. Da dies auch für die nächsten Fragen grundsätzliche Bedeutung hat, erlaube ich mir dazu ein paar ausführlichere Anmerkungen:

Bereits im Jahr 2006 sind nahezu alle großen Krankenhäuser in Brandenburg aus dem VKA-Tarifverband ausgetreten. Der Grund dafür war damals, dass die Kliniken befürchteten, sonst angesichts der unzureichenden Finanzierung der Investitionen durch das Land in die roten Zahlen zu geraten. Auch aktuell behauptet die Geschäftsführung der Klinik-Gruppe, dass das Konzernergebnis bei einer Rückkehr in den VKA-Tarifverband negativ werden würde. Nur mit den erwirtschafteten Jahresüberschüssen könnten die auch im Klinikum immer noch dringend notwendigen Investitionsprojekte finanziert werden. Würde die Klinik bei einer Rückkehr in den VKA-Tarif in die roten Zahlen rutschen, müsste die Stadt als Eigentümerin die Verluste aus ihrem städtischen Haushalt ausgleichen.

Als Oberbürgermeisterkandidatin der Bündnisgrünen strebe ich eine Rückkehr der Klinik-Gruppe in den VKA-Tarif an, da ich die angemessene Bezahlung des Klinikpersonals für dringend erforderlich halte und grundsätzlich dagegen bin, dass Arbeitgeber aus der Tarifbindung ausscheren. Eine sofortige Rückkehr in den VKA-Tarif nach meiner Wahl zur Oberbürgermeisterin kann ich aber redlicherweise nicht versprechen. Das können nur Kandidatinnen oder Kandidaten tun, die sich sehr sicher sind, dass sie diese Position nach der Wahl nicht umsetzen müssen. Mein Politikstil ist das nicht.

Für mich ergeben sich aus der geschilderten Ausgangslage vielmehr folgende Schritte, die ich realisieren möchte:

1. Die Geschäftsführung und der Aufsichtsrat der Klinikgruppe sind gefordert, mit konkreten und detaillierten Zahlen zu belegen, dass eine Rückkehr in den VKA-Tarif tatsächlich zu negativen Jahresergebnissen führen würde. Bisher ist diese Aussage nur eine Behauptung. Möglicherweise ergeben sich daraus Ansätze für eine Neuorientierung.

2. Die Investitionsprojekte der Klinik müssen durch das Land ausreichend finanziert werden. Auch daraus würden sich unmittelbar neue Spielräume ergeben. Dass das Land dem bislang nicht nachkommt, liegt in der Verantwortung der Landesregierung und damit derzeit bei SPD und den Linken. Wie glaubwürdig ist die Unterstützung von Forderungen, wenn man auf die Landespolitik keinen Einfluss hat oder dort ganz anders agiert als vor Ort?

3. Ich begrüße, dass in einem ersten Schritt die Gehälter der nichtärztlichen Beschäftigten seit Mitte 2017 in mehreren Stufen bis 2019 um insgesamt acht Prozent angehoben werden. Ich werde die Geschäftsführung beauftragen zu prüfen, welche Vergütungsverbesserungen bis hin zur Rückkehr in den VKA-Tarifverband angesichts der anhaltend hohen Jahresergebnisse möglich sind.

Die extreme Dauerbelastung und Überlastung der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter hat ein gefährliches Maß angenommen. Wie wollen Sie die Gesundheit der Mitarbeiter schützen?

Die Frage zielt auf den gleichen Kern, nämlich die knappen Personalressourcen, was sich immer wieder in Überlastanzeigen und Überarbeitung der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter niederschlägt. Ich werde die Geschäftsführung beauftragen, unmittelbar realisierbare Vorschläge zur Verbesserung des betrieblichen Gesundheitsschutzes in Gang zu setzen. Gemeinsam mit der Geschäftsführung soll insbesondere sichergestellt werden, dass nachts ausreichend pflegerisches Personal verfügbar ist. Jede Station sollte mit mindestens zwei Pflegekräften im Nachtdienst besetzt sein.

Das Klinikum hat mehrere Bereiche in Tochtergesellschaften ausgegliedert. Dadurch bekommen viele Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter innerhalb der Klinik-Gruppe Ernst von Bergmann weniger Lohn für gleiche Arbeit. Was wollen Sie gegen das Lohndumping unternehmen?


Soweit Sie damit den Austritt aus dem VKA-Tarifverbund ansprechen, möchte ich auf meine Antwort oben verweisen. Falls Sie die Ausgliederung einzelner Aufgaben in eigene Gesellschaften meinen, folgt die Geschäftsführung damit einem gängigen betriebswirtschaftlichen Vorgehen mit den Zielen, das Klinikum auf sein Kerngeschäft zu fokussieren, Kompetenzen zu bündeln und damit Effizienz zu steigern sowie für Leistungen außerhalb des Kerngeschäfts wie die Essensversorgung Kosten einzusparen. Ich stehe solchen Ausgliederungen grundsätzlich kritisch gegenüber, weil sie nicht selten zu einem Qualitätsverlust der Leistungen sowie einer Absenkung der sozialen Standards in den betroffenen Bereichen führen. Nach meiner Wahl werde ich deshalb einzelne Ausgliederungen gemeinsam mit der Geschäftsführung kritisch prüfen, kann allerdings nicht unmittelbar in die Steuerungskompetenz der Geschäftsführung eingreifen. Insbesondere würde ich die Gehaltsniveaus, die Sozialstandards und die Tarifbindung in den betroffenen Bereichen prüfen.

Wenn Sie Oberbürgermeisterin werden, welche drei Maßnahmen setzen Sie für die Mitarbeiter der Klinik-Gruppe Ernst von Bergmann auf jeden Fall um, wenn Sie gewählt werden?

1. Prüfauftrag, welche Vergütungsverbesserungen bis hin zur Rückkehr in den VKA-Tarifverbund angesichts der anhaltend hohen Jahresergebnisse möglich sind.
2. Schnellstmögliche Sicherstellung einer Regelbesetzung von zwei Pflegekräften je Station im Nachtdienst.
3. Kritische Prüfung der Gehaltsniveaus der Tochter- und Enkelgesellschaften im Vergleich zur Muttergesellschaft.

Ich hoffe, Ihre Fragen ausreichend beantwortet zu haben und stehe für Nachfragen gerne zur Verfügung.

Mit freundlichen Grüßen



Janny Armbruster
Oberbürgermeisterkandidatin für BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN